

Aufmerksame Zuhörer beim Vortrag von Joachim Rock vom Paritätischen Gesamtverband



Vorsitzender Hermann Schulte-Sasse begrüßt die Mitglieder
(Fotos auf dieser Seite: Kerstin Rolfes)

Zur Mitgliederversammlung am 21. November 2018 begrüßte Vorsitzender Hermann Schulte-Sasse rund 80 Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes. Vor allem begrüßte er die in den letzten zwei Jahren hinzu gekommenen 14 neuen Mitgliedsorganisationen. Wichtigster Tagesordnungspunkt war die Wahl des neuen Verbandsrates. Die Mitgliederversammlung wählte 18 Vertreterinnen und Vertreter von Mitgliedsorganisationen in den Verbandsrat, der nun für eine Wahlperiode von vier Jahren aktiv ist. In der an die Mitgliederversammlung anschließenden ersten Sitzung des

Mitgliederversammlung 2018 wählte neuen Verbandsrat

Bezahlbarer Wohnraum für jedermann bleibt zentrale Forderung

Verbandsrates wurde erneut Hermann Schulte-Sasse als Vorsitzender und als stellvertretende Vorsitzende wurden Regine Geraedts und Johannes Frandsen gewählt.

In der Vorstellung des Jahresberichts wies Hermann Schulte-Sasse darauf

hin, dass Menschenwürde, Gleichheit und Gerechtigkeit miteinander verwobene Facetten sind, die es zu schützen gilt. „Menschenwürde geht uns als Begriff meist ziemlich schnell über die Lippen. Immerhin ist die Würde des Menschen doch unantastbar. Ganz praktisch jedoch geht es fast immer um irgendwelche Mindeststandards, wenn wir von Menschenwürde sprechen, das absolut Notwendigste an gesundheitlicher Versorgung, die wir einem Flüchtling zukommen lassen müssen, oder den Wohnraum, den wir einem Bewohner eines Pflegeheims mindestens zubilligen. Bei Hartz IV haben wir es sogar geschafft, die Menschenwürde zu beziffern: 416 Euro plus Wohnkosten. Die meisten Menschen leben nach dieser verqueren Logik weit über ihrer Würde“, so Schulte-Sasse. Der Paritätische setze sich in den verschiedenen Organisationen und Projekten für Menschen ein, die am Rande der Gesellschaft stehen und sei aus

Die neuen Mitglieder des Paritätischen Verbandsrates (v.l.): Birgitt Pfeiffer, Elke Bahl, Gerd Ziegler, Ali Elis, Jens Schröter, Johannes Frandsen, Andreas Börder, Thomas Beninde, Resi Reinke, Hermann Schulte-Sasse, Heidi Mergner, Moritz Muras, Regine Geraedts, Andreas Schnabel, Matthias Bonkowski. Es fehlen: Lutz-Uwe Dünwald und Hellena Hartung



dem zivilgesellschaftlichen Leben in Bremen gar nicht wegzudenken.

In diesem Sinne referierte auch Joachim Rock vom Paritätischen Gesamtverband. Er stellte die Jahreskampagne „Mensch, Du hast Recht!“ vor. „Menschenrechte sind in weiten Teilen Europas immer noch nicht eingelöst, wir entfernen uns sogar davon. In Ungarn ist Obdachlosigkeit jetzt sogar ein Straftatbestand geworden“, so Rock.

Vorstand Wolfgang Luz konnte eine gute wirtschaftliche Entwicklung des Landesverbandes in den Jahren 2016 und 2017 vermelden. Zwar wies das Jahresergebnis 2016 einen negativen Saldo aufgrund der Änderungen in der Abgabenordnung auf, der aber im Jahr 2017 ausgeglichen werden konnte. „In den Jahren 2016 und 2017 konnten wir knapp 3,7 Millionen Euro Stiftungsmittel an unsere Mitglieder vermitteln“, so Luz. Er wies darauf hin, dass der Paritätische seine Finanzdaten bereits seit einigen Jahren auf seiner Website veröffentlicht. Finanziert wird der Verband durch Mitgliedsbeiträge, Lotteriemittel und weiteren Einnahmen wie Serviceleistungen und Erträgen aus Beteiligungen.

In seinem Hauptvortrag widmete sich Hermann Schulte-Sasse der Wohnungsfrage. „Immer mehr Menschen spüren Mietsteigerungen und Verknappung von bezahlbarem Wohnraum. Leidtragende sind vor allem Jugendliche und Senioren, Geflüchtete, Menschen mit Behinderungen und alleinerziehende Frauen“, so Schulte-Sasse. In Bremen mussten Mieter 2018 durchschnittlich 7,85 Euro pro qm zahlen, 38 Prozent mehr als noch 10 Jahre zuvor. Und: Fast Jeder zweite Haushalt wendet 30 Prozent und mehr für die Bruttokaltmiete auf. Die Anmietung von Immobilien für soziale Zwecke wird durch hohe Mieten zunehmend problematisch.

Schulte-Sasse wies auf den Artikel 14 in der Bremer Landesverfassung hin. Hier heißt es: „Jeder Bewohner der Freien Hansestadt Bremen hat Anspruch auf eine angemessene Woh-

nung. Es ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden, die Verwirklichung dieses Anspruches zu fördern.“

Abschließend stellte Schulte-Sasse einige Forderungen des Paritätischen vor. „Wir brauchen wieder mehr Wohnraumförderung und Sozialbindung.“, so der Vorsitzende. Gab es in Bremen 1990 noch 78 900 Sozialwohnungen, so waren es Ende 2017 nur noch 8 317. Er forderte bei Neubauwohnungen eine Quote von mindestens 20 Prozent Sozialwohnungen und Ankäufe von

Wohnungen mit Sozialbindungen, die Neubelebung des Konzepts gemeinnütziger und genossenschaftlicher Wohnungsbaugesellschaften, die Vergabe von Grundstücken aus öffentlichem Eigentum in Erbpacht und die Erstattung von Mietkosten als Unterhaltskosten.

Schulte-Sasse kündigte an, dass der Paritätische Bremen das Thema Wohnungsnot auch im Jahr 2019 mit Fachtagungen und Veranstaltungen zur Bürgerschaftswahl bearbeiten wird.

Wohlfahrtsverbände fordern Reformen des Kita-Systems

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (LAG FW) und der Landesverband evangelischer Tageseinrichtungen für Kinder fordern, die Planung, Steuerung und Finanzierung von Kindertageseinrichtungen in Bremen grundsätzlich zu reformieren.

Das geht aus einem Positionspapier hervor. Das bisherige System sei zu starr und unflexibel, um ausreichend Betreuungsplätze zu schaffen, die auch den Bedürfnissen der Kinder und ihrer Eltern entsprechen. Die Stadt müsse zwar den politischen Rahmen setzen und festlegen, in welchen Stadtteilen wie viele Plätze benötigt werden und welche Qualitätsvorgaben es gebe. Für mehr Flexibilität fordern die Träger aber ein eigenständiges Initiativrecht zur Schaffung von Plätzen und ein pauschaliertes Finanzierungssystem.

Die Freien Träger bieten derzeit 13.876, 61 Prozent der Kita-Plätze in Bremen und 2.084, 48 Prozent der Kita-Plätze in Bremerhaven an. „Zuletzt fehlten immer noch mehrere Hundert Kita-Plätze in Bremen, wir müssen insgesamt schneller werden und die Finanzierung auf andere Füße stellen“, sagt Arnold Knigge, Sprecher der LAG FW. Derzeit sind Kitas zuwendungsfinanziert, d.h. Krippen und Kindergärten müssen Anträge stellen, um ihre Kosten für Betreuung mit der Stadt abzurechnen. Zusätzlich kommen noch Anträge etwa für Sprachförderung oder für Inklusion in Kitas hinzu.

Die LAG FW fordert ein System, das mit Pauschalen arbeitet. Hier wird der Bedarf zur Betreuung und Förderung einzelner Kinder pauschal berechnet. Zu einem festen Grundbetrag pro Kind kommen dann noch weitere Pauschalen hinzu, wenn das Kind etwa eine As-

Das Kita-Finanzierungssystem in Bremen muss dringend reformiert werden.
(Foto: highwaystarz_fotolia.com)



sistenz oder Sprachförderung benötigt. Viele Kommunen wie zum Beispiel Hamburg und Berlin haben ihre Systeme bereits so umgestellt. Auf der

Grundlage eines Bildungsplanes müsse dann ein Landesrahmenvertrag Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen abgeschlossen werden. Dieser Vertrag ent-

hielte dann Vorgaben für die Qualitätsentwicklung, für Sachkosten und für die personelle Ausstattung und über die Höhe der Entgelte.

Aktion Mensch fördert Projekt zur Früherkennung von Krebs



Freuen sich über den Projektstart: Vorstand Reinhard Hübotter, Projektleiterin Carolin Hauer und Landesbehindertenbeauftragter Joachim Steinbrück

Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Angehörigen und Betreuer besser über Angebote und Möglichkeiten zur Vorbeugung, Früherkennung und Behandlung von Krebserkrankungen aufzuklären - das ist das Ziel eines neuen Projektes der Bremer Krebsgesellschaft. „Es besteht dringender Handlungsbedarf“, sagt Projektleiterin Carolin Hauer. Nach einer aktuellen Studie der Ärztekammer Nordrhein und der Universität Witten/Herdecke nehmen Menschen mit geistiger Behinderung Krebsfrüherkennungsuntersuchungen deutlich seltener in Anspruch als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Das neue Projekt wird drei Schwerpunkte haben. Zunächst soll ein Netzwerk aufgebaut werden, das alle Akteure der Gesundheitsversorgung wie Ärzte oder Beschäftigte in Einrichtungen und Werkstätten für Menschen mit Behinderung zusammenbringt. Dann werden Informationen und Broschüren in Leichter Sprache entwickelt, die den Menschen mit geistigen Behinderungen verständlich die Bedeutung von Krebsfrüherkennung erläutern und zur Teilnahme motivieren und

schließlich soll es Fortbildungen und Beratungshilfen für MultiplikatorInnen geben. Die Aktion Mensch fördert das Projekt für drei Jahre mit knapp 180.000 Euro. Vermittelt wurde die Förderung durch den Paritätischen Bremen.

„Menschen mit geistigen Behinderungen sind oft medizinisch unterversorgt“, betont Landesbehindertenbeauftragter Joachim Steinbrück, der das Projekt deshalb gern unterstützt. „Es

ist nicht so schwer, einem behinderten Menschen mehr Zeit zu schenken“, sagt Reinhard Hübotter, Vorstandsmitglied der Bremer Krebsgesellschaft und niedergelassener Urologe. Er hat deshalb in seiner Praxis eine Sprechstunde für Menschen mit Behinderungen eingerichtet.

Im November 2018 hat das Projekt begonnen, Anfang 2020 sollen die Informationsmaterialien in Leichter Sprache vorliegen.

Autismus Bremen weiht neues Therapiezentrum in Bremen-Stadtmitte ein

In der Stader Straße in Bremen-Peterswerder hat der Verein Autismus Bremen ein neues Therapiezentrum eröffnet. Es ist das vierte Zentrum in Bremen-Stadt, hinzu kommen Zentren in Bremerhaven, Debstedt und bald auch in Cuxhaven.

„Vor 40 Jahren haben wir als kleiner Elternverein mit der Arbeit begonnen. Aktuell haben wir in Bremen und Bremerhaven rund 350 Klienten und leisten pro Monat ca. 2700 Therapiestunden“, sagt Vorsitzender Magnus Buhler bei der Einweihung. Maria Kaminski, Vorsitzende des Autismus-Bundesverbandes, ergänzt: „Früher wurde Autismus oft gar nicht erkannt, Autisten nicht gefördert und in Heimen fehlversorgt. Frühe Therapie zahlt sich aus, für den betroffenen Menschen, die Familie und für die ganze Gesellschaft.“

Autismus ist eine tiefgreifende Entwicklungsstörung. Autisten zeigen Auffälligkeiten in der sozialen Interaktion und Kommunikation. Schon im Kindergartenalter und zunehmend in Schule, Ausbildung und Beruf kommt es zu Problemen im Umgang mit anderen Menschen. Autisten benötigen Therapie und Förderung in je-



Sozialsenatorin Anja Stahmann, Leiterin Silke Ehrenberg, Autismus-Landesvorsitzender Magnus Buhler und Maria Kaminski, Vorsitzende des Autismus-Bundesverbandes, weihen das neue Zentrum ein.

dem Lebensalter. Sehr wichtig aber ist es, schon im frühen Kindesalter zu beginnen.

Im neuen Therapiezentrum können Kinder, Jugendliche und Erwachsene gefördert werden, für Kinder im Vorschulalter ist die heilpädagogische Frühförderstelle zuständig, die ebenfalls in der Stader Straße arbeitet.

Krankenkassen übernehmen die Autismustherapie nicht. Größter Kostenträger ist das Amt für Soziale Dienste in Bremen. Viele Angebote und Therapiematerialien werden auch über Spenden finanziert.

„Gute Pflege gibt es nicht zum Billigtarif“



Alexander Künzel (l.), Bremer Heimstiftung, und Wolfgang Luz, Paritätischer Bremen, fordern eine bessere Finanzierung der Pflege.

Der Begriff „Pflegetnotstand“ in aller Munde. Lösungsansätze wurden Mitte Oktober in einer Podiumsdiskussion zum Thema „Wie kann Pflege besser werden?“ diskutiert. Eingeladen hatten der Paritätische Bremen, der SoVD-Landesverband Bremen und die Seniorenvertretung Bremen. Rund 50 sachkundige Gäste besuchten die Veranstaltung.

Solidarische, zukunfts feste und gerecht gestaltete Finanzierung der Pflege notwendig

„Die Krise in der Pflege war seit zwanzig Jahren absehbar“, erläuterte Alexander Künzel, Senior-Vorstand der Bremer Heimstiftung, einer der drei Redner auf dem Podium. „Das Standardpflegemodell lautete: Je billiger, desto besser!“ Er hält die generalistische Pflegeausbildung für sinnvoll, um motiviertes Personal zu gewinnen.

Klaus Möhle, SoVD-Kreisvorsitzender und Mitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion, fordert Personalschlüssel, die akzeptabel sind, damit es nicht zu Pflegefehlern kommt. „Die Gesellschaft muss sich im Klaren sein, dass es gute Pflege nicht zum Billigtarif gibt!“ Er warnte eindringlich: „Die Diskussion um Pflege darf nicht im Parteiengenzänk untergehen.“

Rainer Bensch, Mitglied der CDU-Bürgerschaftsfraktion und Sprecher für Gesundheit und Krankenhäuser, berichtete abschließend über die schwierige Situation pflegender Angehöriger. Hier sei dringend Unterstützung gefragt.

Im Anschluss beantworteten die Referenten Fragen aus dem Publikum. Lösungsvorschläge wurden gesammelt, vom Ausbau der Tagespflege bis zur Änderung der Pflegeversicherung. „Nach vielen Jahren der Pflegereformen muss die Altenpflege weiter im politischen Fokus bleiben“, sagt

Wolfgang Luz, Vorstand des Paritätischen Bremen, nach Abschluss der Veranstaltung. Er fordert eine solidarische, zukunfts feste und gerecht gestaltete Finanzierung der Pflege und mehr und besser bezahltes Pflegepersonal.

„Wir brauchen eine starke und handlungsfähige Kommune, um im demografischen Wandel die Politik für ältere Menschen vor Ort wirkungsvoll weiterzuentwickeln und zu gestalten - für passgenaue Dienstleistungsangebote und eine altersgerechte Infrastruktur“, sagt Luz.

Bürgermeister Sieling ehrt Bremer Tafel und Bremer Suppenengel

Rund 200 Gäste konnte Bremens Bürgermeister Dr. Carsten Sieling am 30. Oktober anlässlich der Verleihung des Anneliese Loose-Preises in der Oberen Rathaushalle begrüßen. Auch in diesem Jahr wurden zwei Paritätische Mitgliedsorganisationen geehrt, die sich für Menschen in Not einsetzen: die Bremer Tafel und die Bremer Suppenengel.

Bürgermeister Sieling lobte das ehrenamtliche Engagement der beiden Vereine: „Ohne das Engagement der ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würden jeden Monat rund 200 Tonnen genießbare Lebensmittel in Bremen vernichtet. Dass diese an Bedürftige verteilt werden, ist das große Verdienst der vielen Helferinnen und Helfer der Bremer Tafel sowie der Bremer Suppenengel, die Obdachlose mit warmer Suppe versorgen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten.“

Auch der Anneliese Loose Hartke-Stiftung, die den Preis seit 2008 verleiht, dankte Bürgermeister Sieling: „Sie machen mit ihrem ehrenamtlichen Einsatz unsere Stadt etwas wärmer und menschenfreundlicher.“ Hauptziel der 2007 gegründeten Anneliese Loose Hartke-Stiftung ist, ältere Menschen

stärker am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und Einsamkeit zu bekämpfen. Die Stiftung organisiert in fast allen Stadtteilen Bremens für Menschen, die an Heiligabend nicht allein sein wollen, Weihnachtsfeiern. Darüber hinaus baut sie in den verschiedenen Stadtteilen Bremens Netzwerke auf und organisiert das ganze Jahr über Kulturveranstaltungen.

Motto der 1995 gegründeten Bremer Tafel ist „Versorgen und nicht entsorgen“. Da rund 25 Prozent der Lebensmittel in genießbarem Zustand im Müll landen, hat sich die Tafel zum Ziel gesetzt, überzählige Lebensmittel zu sammeln und an Bedürftige zu verteilen. Die Bremer Suppenengel versorgen seit 1997 Bedürftige mit Essen und organisieren Hilfe zur Selbsthilfe. Der Verein versorgt in der City täglich 200 Obdachlose und andere Bedürftige mit Suppen, belegten Broten, frischen Salaten und Kaffee. Daneben organisiert der Verein Hilfe zur Selbsthilfe bezüglich Übernachtungs- und Duschköglichkeiten, Behördengängen, Kontaktaufnahme bei Kliniken wegen Alkohol- und Drogenmissbrauch, Hilfe bei Wohnungssuche und medizinische Nothilfe.